

# **Stadtverordnetenversammlung**

## **Protokoll Nr. STV/02/2017**

**über die öffentliche Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung am 27.03.2017,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 22:10 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Wilde

#### **Stadtverordnete**

Herr Thomas Bellizzi  
Frau Doris Brandt  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Herr Uwe Gaumann  
Herr Rafael Haase  
Frau Anna-Margarete Hengstler ab TOP 1  
Herr Dustin Holzmann  
Herr Tobias Koch  
Herr Dirk Langbehn  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Monja Löwer  
Herr Hartmut Möller  
Frau Marleen Möller  
Herr Jochen Proske  
Herr Bela Randschau  
Frau Claudia Rathje  
Herr Achim Reuber  
Herr Hinrich Schmick  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Matthias Stern  
Frau Martina Strunk  
Herr Michael Stukenberg  
Frau Doris Unger  
Herr Heino Wriggers

### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Frau Mandy Florczik  
Frau Jonida Kajolli

Herr Yannick Klix

Herr Christof Schneider

Vorstand SJR - bis TOP 8  
Vorsitzende KiJuB, 5. Vorsitzen-  
de SJR - bis TOP 16  
ausscheidender Vorsitzender des  
KiJuB u. aus dem Vorstand SJR -  
bis TOP 8  
Seniorenbeirat - bis TOP 16

### **Verwaltung**

Herr Michael Sarach  
Herr Horst Kienel  
Herr Peter Kania  
Herr Thomas Reich  
Frau Gabriele Fricke

Frau Imke Bär  
Frau Birgit Reuter  
Herr Hans Jäckel

Gleichstellungsbeauftragte - bis  
TOP 10  
bis 21.30 Uhr  
Protokollführerin  
Veranstaltungstechnik

### **Entschuldigt fehlt/fehlen**

### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Peter Egan  
Herr Jörg Hansen

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2017 vom 23.01.2017
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 4/2017
    - 7.2.2. Baubeginn B-Plan 88 B
8. 24. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
9. Veränderung des zeitlichen Umfangs der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auf die Hälfte **2017/006**
10. Satzung zur Aufnahme der Kinder in die und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg (Aufnahme- und Benutzungssatzung) **2017/011**
11. Bereitstellung von Planungskosten für den Bau einer Kindertageseinrichtung auf dem Gelände der Heimgartenschule, Reesenbüttler Redder  
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gem. § 95 d GO - **2017/014**
12. Kulturförderung Kulturzentrum Marstall **2017/013**  
- Mehrjähriger Bescheid für den Zeitraum 2018 bis 2020
13. Durchführung eines Oktoberfestes in den Jahren 2017 bis 2019 **2016/151**  
– Aktualisierung des Grundsatzbeschlusses

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 14. | Veröffentlichung Amtlicher Bekanntmachungen - 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung               | <b>2016/084/1</b> |
| 15. | Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses bis einschl. 2018 gemäß § 95 o Abs. 8 GO S-H | <b>2016/143</b>   |
| 16. | Verkaufsoffene Sonntage 2017   | <b>2016/154</b>   |

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Die Stadtverordneten geben ihr Einverständnis, dass die Verwaltung Gruppenfotos von der Stadtverordnetenversammlung für die Neubürger-Broschüre in dieser Sitzung fertigt.

Bürgermeister Wilde gratuliert dem neu gewählten Vorstand des Stadtjugendringes zu seiner Wahl. Frau Mandy Florczik, 3. Vorsitzende des Stadtjugendringes, bedankt sich im Namen des Stadtjugendringes für die Gratulation und wünscht sich weiterhin - wie auch in der Vergangenheit - eine gute Zusammenarbeit mit den Gremien. Weiterhin im Amt des Vorstands des Stadtjugendringes sind Herr Alexej Sinner, Vorsitzender des Stadtjugendringes, Frau Yasmina Klix, 2. Vorsitzende des Stadtjugendringes, und Herr Kevin Knöfel, 4. Vorsitzender.

Bürgermeister Wilde gratuliert Frau Kajolli zu ihrer Wahl zur neuen Vorsitzenden des Kinder- und Jugendbeirats und zur 5. Vorsitzenden des Stadtjugendringes. Herr Yannick Klix wird als Vorsitzender des Kinder- und Jugendbeirats und 5. Vorsitzender des Stadtjugendringes verabschiedet. Bürgermeister Wilde dankt ihm für sein geleistetes ehrenamtliches Engagement.

Vom Seniorenbeirat wurde Herr Christof Schneider einstimmig wieder in seinem Amt als Vorsitzender des Seniorenbeirats bestätigt. Das Gleiche gilt für Frau Elke Grimm als Protokollführerin und Herrn Andreas Puk als Kassenwart des Seniorenbeirats. Herr Peter Engel wurde einstimmig zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt.

Aus dem Seniorenbeirat ausgeschieden sind Herr Harz, Herr Marzi, Herr Plage, Herr Walter Schneider und Frau Wahl. Bürgermeister Wilde dankt ihnen für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit.

## **2. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.01.2017 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

Die Stadt veräußert eine 300 m<sup>2</sup> große Teilfläche im hinteren Bereich des Grundstücks Manhagener Allee aus dem Flurstück 848 der Flur 16, Gemarkung Ahrensburg, zu einem Kaufpreis von 86.000 €.

### 4. Einwohnerfragestunde

**Herr Jürgen Siemers** vom Vorstand des Bürger- und Grundeigentümergebietes Waldgut Hagen e. V. reicht den in der **Anlage 1** beigefügten Fragenkatalog ein. Herr Siemers erklärt, dass die Bürger im Hagen kurzfristig erfahren möchten, wie es mit dem F-Planentwurf weitergehe. Bürgermeister Sarach sagt eine Beantwortung des Fragenkatalogs rechtzeitig vor der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.04.2017 zu.

**Herr Prof. Dr. Hummeltenberg** regt die Bildung von Ortsbeiräten an und bittet um schriftliche Beantwortung der in der **Anlage 2** aufgeführten Fragen. Er kritisiert, dass man auf der Homepage der Stadt Ahrensburg keine Informationen zu den Beiräten finden würde.

#### **Anmerkung der Verwaltung:**

*Zum Thema Beiräte existiert auf der städtischen Homepage im Bereich Bürger & Stadt ein Navigationspunkt unter der Überschrift Politik/Beiräte. Hier sind nicht nur die Beiräte der Stadt Ahrensburg aufgeführt, sondern auch über eine einfache Verlinkung alle Informationen über Beiräte zu finden (<http://www.ahrensburg.de/B%C3%BCrger-Stadt/Politik/Beir%C3%A4te>).*

Bürgermeister Sarach führt aus, dass gemäß § 47 a der Gemeindeordnung die Gemeinde durch Beschluss der Gemeindevertretung Ortsteile bilden kann. Dies ist durch die Stadt Ahrensburg bisher nicht erfolgt. An die Bildung von Ortsteilen ist nicht zwingend die Bildung von Ortsbeiräten geknüpft. Die Stadt Ahrensburg hat weder Ortsteile gebildet noch Ortsbeiräte eingerichtet. Die Einrichtung der sonstigen Beiräte gemäß § 47d ff. der Gemeindeordnung in Ahrensburg, nämlich Kinder- und Jugendbeirat, Seniorenbeirat und Behindertenbeirat, sind durch entsprechende Errichtungssatzungen geregelt.

Bisher hat die Selbstverwaltung in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung, die sich aus gewählten Vertretern des gesamten Stadtgebietes zusammensetzt, die Aufgaben der Vertretung u. a. auch der Stadtgebiete Am Hagen und Ahrensfelde wahrgenommen. Über die Frage der Bildung von Ortsteilen und Ortsbeiräten ist die Stadtverordnetenversammlung zuständig.

**Frau Angelika Weißmann**, Sprecherin des Expertennetzwerks, bedauert, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten nicht übergangslos besetzt werden wird. Sie spricht sich gegen eine Kopplung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit der Inklusion aus mit der Folge, dass diese beiden Themen gegeneinander ausgespielt werden könnten. Nach dem neuen Gesetz sei ab einer Einwohnerzahl von 17.000 Einwohnern eine Gleichstellungsstelle in Vollzeit bereitzustellen. Die Fortsetzung der in der Vergangenheit in Vollzeit geleisteten Arbeit nunmehr in Form einer halben Stelle sei für sie nicht nachvollziehbar. Solange immer noch Frauen für die gleiche Arbeit weniger Geld bekommen würden, die Mütter sich selbst um ihre Kinderbetreuung kümmern müssten, etc. sei die Stelle der Gleichstellung nicht zu teilen.

Bürgermeister Wilde verweist auf die Beratung im Rahmen des Tagesordnungspunktes 9.

## **5. Festsetzung der Tagesordnung**

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes „Grundstücksangelegenheit“ (TOP 17 dieser Tagesordnung, Vorlagen-Nr. 2017/005) in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gemäß § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

Stadtverordneter Möller beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 „Veränderung des zeitlichen Umfangs der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auf die Hälfte“ abzusetzen. Sofern dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/006 in der heutigen Sitzung zugestimmt werde, sei dieser zum Zeitpunkt der Ausführung nicht mehr gesetzeskonform.

Über diesen Antrag wird wie folgt abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 13 dafür  
15 dagegen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 15.03.2017 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis:      18 dafür**  
**5 dagegen**  
**5 Enthaltungen**

**6.      Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2017 vom 23.01.2017**

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

**7.      Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

**7.1.    Berichte gem. § 45 c GO**

Siehe **nicht öffentliche Anlage**.

**7.2.    Sonstige Berichte/Mitteilungen**

**7.2.1. Finanzbericht Nr. 4/2017**

Der Finanzbericht Nr. 4/2017 ist als **Anlage** beigefügt.

### **7.2.2. Baubeginn B-Plan 88 B**

Die Stadt Ahrensburg investiert mit der WAS zusammen ca. 12 Mio. € für die Erschließung des neuen Gewerbegebietes.

Die ordnungsgemäße Erschließung umfasst eine neue Einleitstelle für Regenwasser, ein Pumpwerk, zwei Regenrückhaltebecken, einige Kilometer Erschließungsstraßen, einen Kreisverkehr und den Lückenschluss der Straße An der Strusbek mit dem Beimoorweg.

In der 13. Kalenderwoche wird mit dem Einrichten der Baustelle durch die Firma Depenbrock begonnen. Zu Beginn des Winters 2017 sollen der Kreisverkehr und die Verlängerung der Straße An der Strusbek, die Regenrückhaltebecken und die Einleitstelle fertig gestellt werden. Die innere Erschließung soll im Frühjahr 2018 für die Hauptachse und im Herbst 2018 für die Nebenachsen - als Baustraße - erfolgt sein. Sämtliche Arbeiten hängen stark von der Witterung ab, sodass es gegebenenfalls zu Verschiebungen des Fertigstellungstermins kommen kann.

## **8. 24. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Gleichstellungsbeauftragte Fricke stellt ihren 24. Tätigkeits- und Erfahrungsbericht der Gleichstellungsbeauftragten vor. Sie hat in den 25 Jahren ihrer Tätigkeit bei der Stadt Ahrensburg um die Durchsetzung vieler Ziele gerungen, wie z. B.

- den Einsatz für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit Beginn ihrer Tätigkeit 1992 habe es kaum eine Kinderbetreuung gegeben. Die ersten Krippenplätze seien um die Jahrtausendwende eingerichtet worden. Wichtig für die Gesellschaft sei es heute, bezahlbare und kostenfreie Kinderbetreuungseinrichtungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereitzustellen,
- die Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf für Mütter nach der Familienphase,
- keine Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen in den Berufen wegen einer Auszeit zur Betreuung der Kinder, deshalb Aufbau von Beratungsstellen und Angebote für Frauen einschließlich Existenzgründungsgruppen,
- Hilfe für an Gewalt bedrohten Frauen und Mädchen mit dem Aufbau eines Frauenhauses und einer Frauenberatungsstelle in Ahrensburg mit viel Öffentlichkeitsarbeit, z. B. u. a. „Gewalt kommt nicht in die Tüte“.

Das Frauenhaus in Ahrensburg ist heute ausgelastet und benötigt weitere Plätze,

- Ausbau von Arbeitskreisen und Veranstaltungsreihen,
- Diskussion des Themas Gewalt in den Schulen mit dem Angebot eines Antiaggressions- bzw. Selbstverteidigungstraining an Schulen
- Gleichstellungarbeit in der Verwaltung
- Begleitung der Politiker in den Gremien bei sämtlichen die Gleichstellung betreffenden Fragen auch zum Frauenförderplan.

Es war für sie eine schöne Zeit. Sie bedankt sich bei der Selbstverwaltung, der Verwaltung und der Presse für die gute Zusammenarbeit. Für die Nachfolge wünscht sie sich eine Gleichstellungsbeauftragte in Vollzeit, die ihre Tätigkeiten weiter fortführen kann.

Stadtverordnete Löwer bedankt sich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen für die angenehme Zeit der Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fricke. Sie wünscht ihr Gesundheit und Spaß für den Ruhestand.

Stadtverordneter Möller drückt im Namen der SPD-Fraktion seine Anerkennung aus, wie sie die Sisyphusarbeit mit den vielfältigen Tätigkeiten, ohne dass eine Arbeit in ihrem Tätigkeitsbereich häufig jemals abgeschlossen werden könne, bewältigt habe. Auch im Netzwerk für Frauen in Ahrensburg habe sie als Multiplikatorin großartige Arbeit geleistet. Er dankt ihr im Namen der SPD-Fraktion für ihre geleistete Arbeit.

Stadtverordneter Holzmann von der WAB-Fraktion dankt der Gleichstellungsbeauftragten ebenfalls für die 25 Jahre geleistete Arbeit an Gleichstellung in der Stadt Ahrensburg. Die Rolle in der Familie zwischen Mutter und Vater habe sich immer weiter ausgeglichen. Die Stadt sei einen guten Weg gegangen Dank der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, jedoch auch Dank des gesellschaftlichen Wandels auch in den Ansichten der Mitglieder in den Gremien. Er wünscht sich jedoch zukünftig bei der Gleichstellung eine höhere Berücksichtigung der Männer.

Stadtverordneter Koch führt im Namen der CDU-Fraktion aus, dass im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die CDU-Fraktion Vorlagen zur Kinderbetreuung immer zugestimmt habe. Seitdem er Fraktionsvorsitzender ist, könne er sich an keine Situation mit einer Diskriminierung von Frauen in der Verwaltung erinnern. Auch dies spreche eindeutig für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Fricke. Er wünscht ihr im neuen Lebensabschnitt im Namen der CDU-Fraktion Gesundheit, mehr Zeit und Muße für ihre Leidenschaft und auch Zeit für andere Hobbys und bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion herzlich für ihre 25-jährige Tätigkeit in Ahrensburg.

Abschließend bedankt sich Stadtverordneter Schmick ebenfalls im Namen der WAB-Fraktion für die engagierte Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.

Nach einem weiteren Wortbeitrag durch Stadtverordneten Schubbert-von Hobe bedankt sich Bürgervorsteher Wilde anschließend im Namen der gesamten Stadtverordnetenversammlung für die engagierte Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, wünscht ihr für ihren Ruhestand alles Gute und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

## 9. **Veränderung des zeitlichen Umfangs der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten auf die Hälfte**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Bellizzi stellt im Namen der FDP-Fraktion nachfolgenden Antrag (AN 013/2017): „Der frei werdende Stellenanteil von 0,5 Stellen wird mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Verwendung des Stellenanteils wird im Rahmen der Stellenplandebatte für den Haushalt 2018 entschieden.“ Gemäß dem Gesetz zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst sei ihre gesetzliche Aufgabe das Wirken innerhalb der Verwaltung, alles Weitere seien freiwillige Aufgaben. Die Einrichtung einer halben Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte sei möglich, unter der Voraussetzung, dass die Halbtagsstelle nachvollziehbar begründet werde. Dies sei entsprechend auch vom Kreis Stormarn für die dortige seit ca. zehn Jahren bestehende Halbtagsstelle der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt. Auch das neue Gesetz sehe keine Verpflichtung vor, zwingend mit einer Vollzeitstelle als Gleichstellungsbeauftragte zu arbeiten. Bei verbindlicher Übertragung von Mehraufgaben durch das Land würde das Konnexitätsprinzip anwendbar sein mit der Folge, dass das Land die Personalkosten für die Übernahme dieser weiteren Aufgaben zahlen müsse. Es sei somit in der Vergangenheit und auch in der Zukunft rechtlich zulässig, eine halbe Stelle für die Gleichstellungsbeauftragte bereitzustellen.

Stadtverordnete Möller plädiert im Namen der SPD-Fraktion dafür, den Antrag der FDP-Fraktion (AN 013/2017) über die Einrichtung einer Teilzeitstelle für die Gleichstellungsbeauftragte abzulehnen. Die Probleme der Gleichstellung seien noch lange nicht gelöst. Theoretisch sei ein gleicher Zugang von Jungen und Mädchen zur Schule, Beruf und Studium, der freien Gestaltung ihrer Lebensweise mit einer modernen freien Männer- und Frauenrolle möglich, wobei im Alltag jedoch immer noch vieles auf der Strecke bleibe, wie finanzielle Unabhängigkeit, gleicher Verdienst für gleiche Arbeit, Beschränkung bei Karriere und Familie, die Frauen auf die Kernfamilie zurückwerfen würden. Verwaltungsaufgaben müssten weiterhin auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer geprüft werden. Gewalt in Beziehungen, Missbrauche jeder Art, müssten mit konkreten Maßnahmen begegnet werden. Auch gewährleiste die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten eine Kontrollfunktion. Diese Arbeit sei nur bei voller Stundenzahl zu leisten.

Stadtverordneter Levenhagen verweist im Namen der CDU-Fraktion auf die ausgiebige Diskussion im Hauptausschuss am 20.03.2017. Da die Verwaltung den Arbeitsaufwand der Gleichstellungsbeauftragten beurteilen könne, wird sich die CDU-Fraktion der Aussage der Verwaltung zu einer halben Stelle anschließen. Auch dem Antrag der FDP-Fraktion (AN 013/2017), den frei werdenden Stellenanteil von 0,5 Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen, wird die CDU-Fraktion zustimmen.

Stadtverordneter Langbehn stellt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag (AN 016/2017): „Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird weiterhin als Vollzeitstelle ausgewiesen und so auch ausgeschrieben.“ Er plädiert dafür, dass die Gleichstellungsbeauftragte sich verstärkt für die Rechte der Männer einsetzt, wie Selbstverteidigung für Männer, stärkere Position der Männer im Scheidungsrecht, Herrenhäuser für Männer bei Gewalt gegen Männer. Ein entsprechendes Umdenken in der Öffentlichkeit - auch Aufgabe der Gleichstellung - sei erforderlich.

Stadtverordnete Löwer spricht sich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen für eine Ganztagsstelle für die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten aus, da die Stelle als Anlaufpunkt für städtische Netzwerke, Institutionen, Vereine, etc. wichtig sei, um Fragen beantwortet zu bekommen und Hilfestellungen zu erhalten. Dies sei eine von zahlreichen Aufgaben. Zum Thema Inklusion hätte sie sich gewünscht, dass vor zwei Monaten im Stellenplanentwurf diese Stelle berücksichtigt worden wäre.

Stadtverordneter Schmick erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass sämtliche geforderten Stellen sehr wichtig seien, aber die Selbstverwaltung auch verpflichtet sei, auf die Ausgaben des Haushalts mit weiteren wichtigen kostenaufwendigen zu erfüllenden Aufgaben zu achten. Unter Betrachtung ausschließlich der gesetzlichen Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten müsse eine Reduzierung der Stelle, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, möglich sein.

Stadtverordneter Proske bittet um Auskunft, mit welcher Begründung eine Ausnahme beantragt werden soll.

Bürgermeister Sarach weist auf die rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 20 Jahre hin, die deutlich die Rolle der Frau rechtlich stärken. Darüber hinaus hat er die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten die letzten sieben Jahre durch einen regelmäßigen Austausch begleitet. Die Netzwerke wurden von der Gleichstellungsbeauftragten bereits aufgebaut und müssen weiter koordiniert und betreut werden, das ist aus seiner Sicht im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung leistbar. Die Einrichtung einer Teilzeitstelle ist keine Bewertung, was auf dieser Stelle in den letzten 20 Jahren geleistet worden ist.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Möller, Holzmann und Reuber.

Stadtverordneter Koch von der CDU-Fraktion berichtet aus den Landtagsberatungen, dass durch die Formulierung in dem Änderungsgesetz wie „grundsätzlich“ und mit Begründung können auch Abweichungen formuliert werden, keine verbindlich vorgeschriebene Vollzeitstelle von dem Gesetz verlangt werde. Wäre die Stelle verbindlich vorgeschrieben worden, hätte das Land die Kosten hierfür tragen müssen. Um dies zu umgehen, sei die Formulierung „Grundsatz – Ausnahme“ vom Gesetz festgeschrieben. Sprachlich erwecke man den Eindruck, dass es eine Vollzeitstelle sein soll, aber verbindlich vorgeschrieben sei diese nicht.

Stadtverordneter Schmidt von Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass Bündnis 90/Die Grünen die Gleichstellung eine Vollzeitstelle wert sei, auch bei Übernahme der Kosten durch die Stadt. Er beantragt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen für beide gestellten Anträge und dem Beschlussvorschlag namentliche Abstimmung.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordneten Proske und Bellizzi wird wie folgt namentlich abgestimmt:

1. Antrag AN/016/2017, Antrag von Bündnis 90/die Grünen:

„Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird weiterhin als Vollzeitstelle ausgewiesen und so auch ausgeschrieben.“

**Abstimmungsergebnis: 13 dafür  
15 dagegen**

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage 1** beigefügt.

2. Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2017/006:

„Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wird als Teilzeitstelle mit der Hälfte der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit einer/eines entsprechenden Vollbeschäftigten (zurzeit 19,5 Wochenstunden) ausgeschrieben und besetzt.“

**Abstimmungsergebnis: 15 dafür  
13 dagegen**

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage 2** beigefügt.

3. Antrag AN/013/2017, Antrag der FDP-Fraktion

„Der frei werdende Stellenanteil von 0,5 Stellen wird mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Verwendung des Stellenanteils wird im Rahmen der Stellenplandebatte für den Haushalt 2018 entschieden.“

**Abstimmungsergebnis: 15 dafür  
13 dagegen**

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage 3** beigefügt.

**10. Satzung zur Aufnahme der Kinder in die und zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Ahrensburg (Aufnahme- und Benutzungssatzung)**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/011 zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**

**11. Bereitstellung von Planungskosten für den Bau einer Kindertageseinrichtung auf dem Gelände der Heimgartenschule, Reesenbüttler Redder - Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gem. § 95 d GO -**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau führt im Namen der SPD-Fraktion aus, dass obwohl im Viertel-Jahres-Takt Gruppen eröffnet bzw. erweitert werden, man den wachsenden Bedarfen an Kinderbetreuungsplätzen „hinterherrennen würde“. Er geht zukünftig davon aus, dass von einer Betreuungsquote von 80 % mit Beginn der Krippe über Elementarbereich bis zu den Horten ausgegangen werden müsse. Insofern sei es dringend und zeitnah erforderlich, sich über weitere Standorte wie Helgolandring, Erlenhof etc. in den Gremien zu beraten. Die Unterbringung der zusätzlichen Kinder, die im kommenden Jahr einen Platz benötigen würden, sei mit dieser jetzt beschlossenen Baumaßnahme noch nicht geregelt. Er plädiert dafür, in den nächsten Sitzungen des Sozialausschusses eine Entscheidung herbeizuführen.

Stadtverordnete Brandt erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass ihrer Auffassung nach zukünftig mit einer 90%igen bis 100%igen Versorgung der Krippen über Elementarbereich bis zu den Horten zu rechnen sei. Sie weist darauf hin, dass die Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen bei sämtlichen Entscheidungen mitzunehmen seien, auch mit Hinweis auf den Mangel an Fachkräften. Die Träger seien diejenigen, die das Projekt umsetzen müssten.

Stadtverordneter Stukenberg von der FDP-Fraktion weist auf das Problem der fehlenden Fachkräfte und einem zu geringen Fachkräfteschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen mit der Folge, dass es bei Krankheiten schwierig ist, den Betrieb aufrechtzuerhalten, hin. Er macht auf die Notwendigkeit der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen aufmerksam.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Proske und Haase.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2017/014 zu.

**Abstimmungsergebnis: Alle dafür**







**15. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses bis einschl. 2018 gemäß § 95 o Abs. 8 GO S-H**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Koch hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2016/143 zu.

**Abstimmungsergebnis:      27 dafür  
   1 dagegen**

**16. Verkaufsoffene Sonntage 2017**

Die Stadtverordneten nehmen die Termine für die verkaufsoffenen Sonntage 2017 zur Kenntnis.

gez. Roland Wilde  
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter  
Protokollführerin